SATZUNG

des glitch bücherkollektiv e.V.

München, 08.07.2024

§1 Name, Sitz

- (1) Der Verein führt den Namen »glitch bücherkollektiv«.
- (2) Der Verein soll ins Vereinsregister eingetragen werden und führt danach den Zusatz »e.V.«.
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in München.

§2 Verbandszweck

- (1) Der Zweck des Vereins ist die Vermittlung und Förderung von Kunst und Kultur sowie die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes.
- (2) Der Satzungszweck der Vermittlung und Förderung von Kunst und Kultur wird verwirklicht insbesondere durch:
 - a) Durchführung von Kulturveranstaltungen: Lesungen, Ausstellungen, Vorträge, Filmvorstellungen, Aktionen, Interventionen, Performances, Konzerte
 - b) Produktion, Zurverfügungstellung und Verbreitung von Bildungsmaterial: Publikationen, Broschüren, Podcasts, Zines, Videos, Info-Material zu Projekten sowie weitere Formen von digitalem oder analogem Content
- (3) Der Satzungszweck der allgemeinen Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird verwirklicht insbesondere durch:
 - a) Veranstaltung von literarischen, philosophischen, künstlerischen, politischen und wissenschaftlichen Bildungsangeboten zur Stärkung der demokratischen Grundwerte: Lesekreise, Diskussionsveranstaltungen, Seminare, Workshops
 - b) Unterstützung anderer basisdemokratischer Initiativen durch die Bereitstellung räumlicher Ressourcen
 - c) Förderung von demokratischer Vielfalt in der Literaturszene durch den Fokus auf Autor*innen und Verlage, die Literatur zu den Themen Rasse und ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Klasse und sexuelle Identität verfassen und publizieren.

§3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins werden nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§4 Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in aktive Mitglieder, Fördermitglieder und Ehrenmitglieder. Aktive Mitglieder sind jene, die sich aktiv am Vereinsleben beteiligen. Fördermitglieder sind solche, die sich nicht aktiv am Vereinsleben beteiligen, den Verein aber durch finanzielle Mittel oder Sachmittel unterstützen. Ehrenmitglieder sind Mitglieder oder Nicht-Mitglieder, die sich besonders für den Verein und seine Arbeit verdient gemacht haben.
- (2) Mitglied des Vereins kann jede natürlich und juristische Person werden, die die Zwecke des Vereins unterstützt und die Satzung anerkennt.
- (3) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein formloser schriftlicher Antrag. Bei Minderjährigen ist der Aufnahmeantrag durch die gesetzlichen Vertreter*innen zu stellen.
- (4) Über die Aufnahme von aktiven Mitgliedern entscheidet das Plenum. Es besteht kein Aufnahmeanspruch.
- (5) Über die Aufnahme von Fördermitgliedern muss nicht extra entschieden werden. Während Fördermitglieder kein Stimmrecht haben, sind sie zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung berechtigt.
- (6) Die Ehrenmitgliedschaft wird von der Mitgliederversammlung vergeben, sie ist eine rein formeller Status ohne Sonderrechte.
- (7) Der freiwillige Vereinsaustritt ist entsprechend §39 BGB jederzeit zulässig. Er muss schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt werden und erfolgt standardmäßig entsprechend einer Frist von vier Wochen.
- (8) Die Mitgliedschaft endet mit dem Tod des Mitglieds (bei juristischen Personen mit deren Erlöschen).
- (9) Ein Mitglied kann durch Vorstandsbeschluss aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es in grober Weise gegen die Interessen des Vereins verstößt. Dies schließt insbesondere

Situationen ein, in denen ein Mitglied menschenrechtswidrige, demokratieschädigende oder minderheitsfeindliche Haltungen innerhalb oder außerhalb des Vereins kundgibt oder Organisationen und Parteien unterstützt, die solche Auffassungen vertreten. Der Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich bekannt zu geben. Gegen den Beschluss kann das betroffene Mitglied binnen eines Monats das Schiedsgericht anrufen. Das Schiedsgericht entscheidet unbeschadet gesetzlicher Vorschriften endgültig. Das betroffene Mitglied ist zu der Versammlung des Schiedsgerichtes einzuladen und anzuhören.

- (10) Die Mitglieder sind berechtigt, an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen. Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den aktiven Mitgliedern zu.
- (11) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und im Rahmen ihrer Betätigung im Verein die gefassten Beschlüsse zu beachten.

§5 Vereinsorgane

- (1) Die Organe des Vereines sind:
 - a) die Mitgliederversammlung (siehe §6),
 - b) der Vorstand (siehe §7),
 - c) das Plenum (siehe §8).
- (2) Die Organe können sich eine Geschäftsordnung geben.

§6 Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt, sie wird daher auch Jahreshauptversammlung genannt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann zudem vom Vorstand beschlossen werden oder muss einberufen werden, wenn mindestens 2/5 der Mitglieder die Einberufung schriftlich und unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist das oberste beschlussfassende Vereinsorgan und hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) übergeordnete Vereinsaufgaben und die Grundlinien der Verbandspolitik festlegen
 - b) Vorstandsmitglieder wählen und entlasten
 - c) Revisor*innen wählen
 - d) den Jahresbericht und die Jahresabrechnung vom Vorstand entgegennehmen und genehmigen
 - e) über Anträge, Satzungsänderungen oder die Vereinsauflösung beschließen

- f) Ehrenmitglieder ernennen
 - g) ggf. über eine jährliche pauschale Tätigkeitsvergütung der Vorstandsmitglieder beschließen (siehe §9 (5))
- (3) Jede Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich (hier gilt auch per E-Mail) unter Einhaltung einer Einladungsfrist von 4 Wochen und unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist einer außerordentlichen Mitgliederversammlung auf 2 Wochen gekürzt werden. Die Bekanntgabe erfolgt an die vom Mitglied zuletzt geteilten Kontaktinformationen.
 - (4) Anträge zur regulären Mitgliederversammlung oder deren Tagesordnung sind mindestens 2 Wochen vor dem Versammlungstermin schriftlich beim Vorstand einzureichen. Bei außerordentlichen Mitgliederversammlungen verkürzt sich diese Frist auf 5 Tage.
 - (5) Alle Vereinsmitglieder sind zur Mitgliederversammlung gleichwertig teilnahmeberechtigt. Alle aktiven Mitglieder sind zudem stimmberechtigt. Das Stimmrecht kann durch eine schriftliche Bevollmächtigung auf ein anderes aktives Vereinsmitglied übertragen werden. Juristische Personen werden durch eine bevollmächtigte Person vertreten.
 - (6) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der tatsächlich erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
 - (7) Die Mitgliederversammlung wählt zu Beginn eine Versammlungsleitung bestehend aus zwei Personen und zusätzlich eine*n Schriftführer*in. Die protokollierten Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden von der Versammlungsleitung und der/dem Schriftführer*in unterzeichnet.
 - (8) Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst (besondere Ausnahmen sind Satzungsänderungen und die Vereinsauflösung). Wahlen erfolgen geheim und in Einzelabstimmung, es sei denn die Mitgliederversammlung beschließt offene Wahl oder Sammelabstimmung. Bei Einzelabstimmung bedarf es mehr als der Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen, um die Wahl für sich zu entscheiden. Bei Nichterreichen des Quorums erfolgen Stichwahlen zwischen den Kandidat*innen mit den meisten Stimmen aus dem ersten Wahlgang. Enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen und werden im Protokoll festgehalten.
 - (9) Anträge auf Satzungsänderungen sind schriftlich an den Vorstand einzureichen und müssen mit der Einladung zur Mitgliederversammlung bekanntgegeben werden. Zur Änderung der Satzung ist eine Dreiviertelmehrheit aller gültigen abgegebenen Stimmen erforderlich. Satzungsänderungsanträge können nicht nach Ladung zur Mitgliederversammlung der Tagesordnung hinzugefügt werden.
 - (10) Die Mitgliederversammlung erfolgt entweder in offline-Präsenz, als online Videokonferenz in einem nur für Mitglieder zugänglichen Chat-Raum oder in einer hybriden Versammlung. Der Vorstand entscheidet über das Format.

§7 Vorstand

- (1) Der Vorstand vertritt den Verein im Sinne des §26 BGB gerichtlich und außergerichtlich, dabei ist jedes Vorstandsmitglied einzeln vertretungsberechtigt.
- (2) Der Vorstand besteht aus fünf gleichberechtigten Mitgliedern, zusammengesetzt der/dem Vorsitzenden, der/dem stellvertretenden Vorsitzenden, zwei Beisitzenden und der/dem Schatzmeister*in.
- (3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für eine reguläre Amtszeit von zwei Jahren eingesetzt. Er bleibt jedoch so lange im Amt bis eine Neuwahl erfolgt ist. Wiederwahl ist möglich.
- (4) Jedes Vorstandsmitglied wird in getrennten Einzelwahlen, speziell für das jeweilige Amt und mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Die Abwahl eines Vorstandsmitglieds kann nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit mindestens 2/3 aller Stimmen der anwesenden Mitglieder der Mitgliederversammlung erfolgen .
- (5) Der Vorstand ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes, ihm obliegt die Führung aller Angelegenheiten des Vereins, soweit diese nicht laut Satzung einem anderen Organ übertragen sind. Insbesondere hat der Vorstand folgende Aufgaben:
 - a) die laufenden Geschäfte des Vereins führen
 - b) die Beschlüsse der Mitgliederversammlung vollziehen
 - c) die Jahresabrechnung vornehmen und der Mitgliederversammlung vorlegen
 - d) die Mitgliederversammlung einberufen
 - e) der Mitgliederversammlung und dem Plenum Bericht erstatten
- (6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in der Regel im Konsens. Wenn kein Konsens erreicht werden kann, wird mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen. Die Beschlussfassung des Vorstands ist an keine Form gebunden und kann mündlich, schriftlich, auf elektronischem Wege sowie per Umlauf- oder Sternverfahren erfolgen. Über mündlich gefasste Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens 2/3 anwesend sind.
- (7) Mit der Beendigung der Vereinsmitgliedschaft endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer der/des Ausgeschiedenen eine kommissarische Nachfolge bestimmen, welche in der nächsten Mitgliederversammlung zu bestätigen ist.
- (8) Außer durch den Tod und den Ablauf der Amtszeit erlischt das Amt eines Vorstands durch Enthebung und Rücktritt. Die Mitgliederversammlung kann Vorstandsmitglieder jederzeit entheben, wobei die Enthebung mit der Bestellung des neuen Vorstands in Kraft tritt.

- (9) Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktrittes des gesamten Vorstandes an die Mitgliederversammlung zu richten.
- (10) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Mitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

§8 Plenum

- (1) Das Plenum dient als Diskussions- und Projektplattform des Vereins. Es besorgt alle Angelegenheiten, für die gemäß Satzung nicht die Mitgliederversammlung oder der Vorstand zuständig sind. Seine Aufgaben umfassen insbesondere:
- a) Über die Ausgabe von Mitteln entscheiden, die projektbezogen oder zur zweckmäßigen Verwendung vom Vorstand eingeräumt werden. Alle Ausgaben müssen dennoch zuvor mit dem Vorstand abgestimmt und von diesem genehmigt werden.
 - b) Arbeitsgruppen einberufen, mit Aufgaben beauftragen und ggf. Budgets an sie vergeben. Arbeitsgruppen können eigenständige Entscheidungen treffen, die vom Vorstand oder dem Plenum widerrufen werden können. Arbeitsgruppen können vom Plenum jederzeit aufgelöst werden.
 - c) Planung, Organisation und Umsetzung von Aktivitäten und Veranstaltungen zur Erfüllung des Vereinszwecks
 - d) Austausch und Abstimmung zwischen den Arbeitsgruppen sowie zwischen den Arbeitsgruppen und dem Vorstand
 - e) Beratung des Vorstands bei der Ausführung geschäftsführender Aufgaben
 - f) Bearbeitung von Themen und Entscheidungen, die dem Plenum von der Mitgliederversammlung oder dem Vorstand zugewiesen wurden
 - g) ggf. Beschluss über Tätigkeitsvergütungen bzw. Ehrenamtszuschläge (siehe §9 (4))
- (2) Das Plenum tagt in der Regel einmal monatlich. Bei Bedarf wird die Tagungshäufigkeit durch Plenarbeschluss angepasst.
- (3) Die Teilnahme am Plenum steht allen Vereinsmitgliedern und Unterstützenden offen. Gäste können von Vereinsmitgliedern ohne vorherige Ankündigung zum Plenum und zu Arbeitsgruppen eingeladen werden. Jedes Vorstandsmitglied und das Plenum hat das Recht, Gäste jederzeit auszuladen. Gäste können insbesondere Mitglied in Arbeitsgruppen sein und sich im Verein engagieren, ohne Vereinsmitglied zu sein.
- (4) Das Plenum fasst seine Beschlüsse in der Regel offen und im Konsens. Wenn kein Konsens erreicht werden kann, wird mit einfacher Mehrheit aller gültigen abgegebenen Stimmen

beschlossen. Stimmberechtigt sind dabei alle Vereinsmitglieder.

- (5) Beschlüsse des Plenums können von der Mitgliederversammlung oder vom Vorstand durch einen entsprechenden Beschluss aufgehoben werden.
- (6) Das Plenum ist dem Vorstand gegenüber informationspflichtig.

§9 Finanzielle Mittel

- (1) Zur Verwirklichung des Vereinszwecks sind insbesondere folgende ideelle Mittel vorgesehen
 - a) Mitgliedsbeiträge (vgl. §9, Absatz 2)
 - b) Spenden
 - c) Einnahmen aus Fundraising und Crowdfunding
 - d) Vermächtnisse und Schenkungen
 - e) Subventionen und Zuwendungen öffentlicher Hand
 - f) Sponsoring durch Privatpersonen und Unternehmen
 - g) Werbeeinnahmen
 - h) Erträge aus Veranstaltungen und vereinseigenen Unternehmungen
 - i) Verkauf vereinseigener Publikationen
 - j) Sonstige Zuwendungen
- (2) Ob und in welcher Höhe ein Mitgliedsbeitrag erhoben wird, beschließt die Mitgliederversammlung. Hierzu kann sich der Verein eine Beitragsordnung geben.
- (3) Der Vorstand erstellt für das abgelaufene Jahr eine Jahresabrechnung. Die Jahresabrechnung ist in der endgültigen Fassung der Mitgliederversammlung zur Genehmigung und Entlastung des Vorstandes vorzulegen.
- (4) Für tatsächlich geleistete und belegbare Aufwendungen von Mitgliedern kann das Plenum im Einzelfall einen angemessenen Ersatz der Aufwendungen beschließen. Bei Bedarf können Vereinsämter unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach §3 Nr. 26 EStG und §3 Nr. 26a EStG ausgeübt werden.
- (5) Der Vorstand ist grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Die Mitgliederversammlung kann eine jährliche pauschale Tätigkeitsvergütung für Vorstandsmitglieder beschließen.
- (6) Der Vorstand ist ermächtigt hauptamtlich Beschäftigte anzustellen. Die arbeitsrechtliche Direktionsbefugnis hat der Vorstand.

- (7) Die Mitgliederversammlung wählt einzeln bis zu drei Vereinsmitglieder in die Finanzrevision
- a) Die Revisor*innen prüfen die Jahresabrechnung und haben die Aufgabe, Rechnungsbelege sowie deren ordnungsgemäße Verbuchung zu prüfen. Dabei ist insbesondere die satzungsgemäße und steuerlich korrekte Mittelverwendung festzustellen.
 - b) Hierzu hat jedes Mitglied der Finanzrevision Einsicht in sämtliche buchhalterischen Vorgänge des Vereins.
 - c) Die Revisor*innen unterrichten die Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Finanzrevision.
 - d) Die Finanzrevision wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie bleibt jedoch bis zur Bestellung der neuen Finanzrevision im Amt.

§10 Schiedsgericht

- (1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen.
- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei unbefangenen ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass jeder Streitteil der Koordination binnen zwei Wochen ein unbefangenes Mitglied als Schiedsrichter*in schriftlich namhaft macht. Die beiden namhaft gemachten Schiedsrichter*innen wählen binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zur*m Vorsitzenden des Schiedsgerichtes. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Sollten für die Schiedsrichter*innen und für die*den Vorsitzende*n des Schiedsgerichtes keine geeigneten Vereinsmitglieder zur Verfügung stehen, können auch Nichtmitglieder für diese Funktionen namhaft gemacht und gewählt werden.
- (3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig. Das Schiedsgericht ist kein Schiedsgericht nach den §§ 577 der ZPO (Zivilprozessordnung).

§11 Auflösung & Anfall des Vereinsvermögens

- (1) Über die freiwillige Auflösung des Vereines kann die Mitgliederversammlung nur in einer besonderen, zu diesem Zweck mit einer Frist von sechs Wochen einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung beschließen.
- (2) Hierzu bedarf es einer Mehrheit von Dreiviertel der gültig abgegebenen Stimmen aller erschienenen Mitglieder.

- (3) Diese Mitgliederversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung desselben zu beschließen. Insbesondere hat sie eine*n Abwickler*in zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem diese*r das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat.
- (4) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Vermittlung und Förderung von Kunst und Kultur sowie die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes.
- (5) Der letzte Vorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen.

München, den 08.07.2024